

Intellektuelle in Deutschland und Frankreich

Johannes Thomas

Die moderne Intellektuellendiskussion hat ihren Ausgang in Frankreich genommen, genauer im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre gegen Ende des 19. Jahrhunderts. In eben seiner damaligen Bedeutung ist der Begriff *intellectuel* auch zu einer Chiffre für die deutsch-französischen Beziehungen im vergangenen Jahrhundert geworden. Mindestens bis zum Zweiten Weltkrieg waren die Rolle und öffentliche Einschätzung des Intellektuellen kaum vom deutsch-französischen Spannungsverhältnis zu trennen.

Georges Clemenceau hatte in der Zeitung *L'Aurore* vom 23. Januar 1898 den Begriff *intellectuel* als Neologismus (was er de facto nicht war) besonders hervorgehoben und damit die Wissenschaftler, Literaten, Philosophen, Künstler und Angehörigen freier Berufe bezeichnet, die eine Petition zugunsten von Kapitän Dreyfus unterzeichnet hatten. Sie forderten im Namen der Menschen- und Bürgerrechte die Revision eines rechtlich unhaltbaren Militärgerichtsverfahrens gegen Dreyfus wegen Landesverrats.

Unter der Führung von Anatole France gewann der *parti des intellectuels* rasch ein ideologisches Profil. Nicht nur der Rekurs auf die Menschen- und Bürgerrechte, sondern überhaupt der Rückgriff auf aufklärerische Traditionen, insbesondere auf Rationalismus und Positivismus, wurde für die neue Bewegung charakteristisch. Der unbestrittene Anführer der Gegenpartei, Maurice Barrès, kam hingegen, grob gesprochen, von der Spätromantik her und setzte gegen den seiner Ansicht

nach realitätsfremden, vernunftblassen aufklärerischen Rationalismus die Bedeutung der Verwurzelung im Heimatboden beziehungsweise das Projekt „Blut und Boden“.

Freilich hatten nicht alle Schriftsteller, die sich gegen eine Revision des Dreyfus-Prozesses wandten, die gleichen geistigen Wurzeln wie Barrès. Aber sie bekämpften, wie das Académie-Française-Mitglied und Herausgeber der angesehenen *Revue des deux mondes*, Ferdinand Brunetière, den individuellen Anspruch auf Durchsetzung universaler Werte zugunsten einer Stärkung des Staates. Die Absicherung der staatlichen Autorität schien ihnen nach dem verlorenen Krieg gegen die Preußen absolut prioritär. Deshalb kritisierten sie auch die parlamentarische Demokratie, die den Staat zu schwächen schien, und forderten zum Kampf gegen alle Feinde im Innern auf, wozu Juden, Sozialisten und Ausländer gerechnet wurden. Der Jude aus dem Elsass Kapitän Dreyfus war deshalb für das Militärgericht in einem Prozess wegen Landesverrats der ideale Schuldige.

Das an Anatole France orientierte Intellektuellenideal schlägt sich auch im Sprachgebrauch der Reallexika nieder, in Deutschland ebenso wie in Frankreich. Im Brockhaus etwa heißt es, die Intellektuellen neigten dazu, „den rationalen Verstandeskraften den Vorzug gegenüber Willen, Gemüt und Gefühl, ferner gegenüber der Wirkungskraft des Unbewussten sowie gegenüber dem praktischen Tätigsein zu geben“. Daher werde

der Begriff „Intellektueller“ gern „als abwertendes Schlagwort für einen einseitigen Verstandesmenschen gebraucht“. Auch nach französischen Lexika sind die Intellektuellen durch eine ausgesprochene, wenn nicht gar übertriebene Neigung zu den geistigen Dingen bestimmt, während sie den praktischen Seiten des realen Lebens einen relativ geringen Stellenwert beimäßen.

Besondere Wertschätzung

Bei solcher Übereinstimmung in der eher abwertenden Einschätzung des Intellektuellen in den Reallexika fragt man sich, wie es denn kommt, dass Intellektuelle in Frankreich insgesamt durchaus ein höheres Ansehen genießen als in Deutschland. Bekannte Belege für die Wertschätzung der Intellektuellen im Nachbarland sind etwa De Gaulles auf Sartre gemünzter Ausspruch von 1968 „Voltaire verhaftet man nicht“ oder auch die Nachtwache des Staatspräsidenten Giscard d’Estaing am Sarg Sartres.

Eine erste Antwort auf die Frage nach den Gründen für die besondere Wertschätzung des *intellectuel* lautet: In Frankreich wird sprachlich-literarische Kultur höher geachtet als etwa in Deutschland. Die Intellektuellen sind Bestandteil dieser Kultur. Also spielen sie eine entscheidend größere Rolle.

Die relativ größere Wertschätzung der sprachlich-literarischen Kultur findet unter anderem ihren Niederschlag darin, dass es bis vor kurzem für französische Spitzenpolitiker wichtig schien, sich als Literaten zu erkennen zu geben. Meisterlich ist das zwar nur De Gaulle gelungen, aber die heute noch in Gebrauch befindliche Lyrikanthologie George Pompidous, Giscard d’Estaings mit viel Propagandaunterstützung verbreitete politische Schriften bis hin zu Mitterrands mühsamen und letzten Endes vergeblichen Versuchen, sich als Dichterpräsident ein Denkmal zu setzen, zeugen zumindest

von Bemühungen in dieser Richtung. Erst Jacques Chirac hat allein auf seine Begabung als volksnaher Rhetoriker gesetzt, der es nicht nötig hat, nach literarischen Lorbeerkränzen zu schielen.

Aber es ist nicht allein die besondere Wertigkeit der sprachlich-literarischen Kultur, an der die französischen Intellektuellen zu ihrem Vorteil partizipieren. Das größte Pfund, mit dem sie (noch) wuchern können, ist die Herkunft vom *parti des intellectuels* zur Zeit der Dreyfus-Affäre.

Die mit ihm verbundene politische Richtung hat sich Anfang des 20. Jahrhunderts durchgesetzt. Das Resultat war die laizistische Ausrichtung der Dritten Republik, die sich mit der strikten Trennung von Staat und Kirche und dem Ausbau eines republikanischen Schulsystems ausdrücklich auf das Erbe der Französischen Revolution berief. In der Tradition dieses revolutionär-republikanischen Mythos steht auch noch die Fünfte Republik, obwohl man sagen muss, dass inzwischen einige Säulen der revolutionären Tradition realpolitisch zum Einsturz gebracht worden sind (durch Förderung katholischer Privatschulen, Ende der Wehrpflicht, Dezentralisierung).

Aufkommender Nationalismus

Der moralische Glanz des universalistischen Intellektuellentums zu Beginn des Jahrhunderts wurde bald stumpf. Mit dem Ersten Weltkrieg kam die Revanche des Nationalismus, den sich fast alle *intellectuels* auf die Fahnen geschrieben haben. Nur wenige entzogen sich der nationalistischen Mobilmachung. Schriftsteller, Historiker, Philosophen sahen es als ihre vornehmste Aufgabe an, Frankreich gegen die deutschen „Barbaren“ zu verteidigen. Ein *Comité d’études et de documentation sur la guerre*, dem die herausragenden Geisteswissenschaftler der Epoche angehörten, bemühte sich, mit Schriften und Briefen die patriotischen Gefühle anzu-

heizen bis hin zu antideutschem Rassismus.

Die aufklärerisch-rationalistische Prägung der Intellektuellenpartei gehörte umso notwendiger zum nationalen Selbstverständnis, als Frankreich auch über sie seine kulturelle Differenz gegenüber Preußen und Deutschland definierte (wobei das Rheinland und Süddeutschland aus dem Feindbild meist ausgenommen wurden). Das Deutschland nach 1870/71 war ja aus französischer Sicht nicht nur ein militaristisches, obrigkeitsstaatliches, vom Protestantismus geprägtes Land, es war auch die Heimat der Romantik und der damit in Verbindung gebrachten irrationalistischen Strömungen, denen Frankreich seine aufklärerisch-rationalistische Vernunft und die republikanische Tradition entgegensetzte.

Der Begriff des *intellectuel* verlor in dieser Situation zwar nicht seine Herkunftsaureole, aber er konnte jetzt problemlos auch mit Nationalismus und Rassismus, ja, überhaupt mit Ideologien aller Art verknüpft werden. Man musste ja nur die universalen Werte bei bestimmten Nationen, Rassen, Kulturen oder Ideologien besser aufgehoben sehen als bei anderen. So bekannten sich nach dem Ersten Weltkrieg viele französische Intellektuelle durchaus in Erinnerung an die universalen Werte ihrer Herkunftsgeschichte und unter Berufung auf sie zum Kommunismus. Ihm nahmen sie blauäugig das Versprechen auf Frieden, auf Gerechtigkeit und Gleichheit ab, ohne zu fragen, wie es damit – oder gar mit der Freiheit – in der Realität aussah.

Politische Lager

Angesichts des erstarkten Faschismus in Italien und Hitlers Machtergreifung, angesichts auch eines allerdings gescheiterten Putschversuchs französischer Rechtsextremer 1934 gründeten die Linksintellektuellen dann ein antifaschistisches Komitee, dem sich über 8000 Intellektuelle

anschlossen. Das Komitee zielte erfolgreich auf einen Aktionspakt zwischen Kommunisten und Sozialisten, der den Sieg der Volksfront bei den Wahlen von 1936 ermöglichen sollte.

Die Rechte konnte nur ein bescheidenes Häuflein profaschistischer Autoren gegen die Linke ins Feld führen. Aufmerksamkeit erregten sie immerhin mit einem Manifest zur Verteidigung des Friedens und der westlichen Welt. Darin ergriffen sie Partei für Mussolini und seine Eroberung Äthiopiens und behaupteten in diesem Zusammenhang die natürliche und rechtliche Ungleichheit menschlicher Rassen. Wohl wegen des inzwischen unbestrittenen Renommées der *intellectuels* schmückten jetzt auch die Faschisten sich mit diesem Begriff.

Nach der Verhärtung der politischen Fronten in den dreißiger Jahren können sich nur wenige Intellektuelle der Logik des Parteienkampfes entziehen. So etwa André Gide, der anfangs die Kommunisten unterstützt und so etwas wie ihr Aushängeschild geworden war. 1936 veröffentlicht er nach einem Besuch der Sowjetunion das Buch *Retour de l'URSS*, in dem er die totalitären Seiten des Stalinismus aufs Schärfste anprangert.

Als entschiedenster Kämpfer gegen alle parteiliche Intelligenz aber gilt Julien Benda. Mit seiner Schrift *La trahison des clercs*, die zuerst 1927 erschienen war und dann mit längeren Ergänzungen 1946 neu aufgelegt wurde, attackierte er insbesondere die nationalistische Rechte. Er warf ihr ebenso wie allen romantischen und spätromantischen Strömungen vor allem ihren Irrationalismus vor. Da sitzt dann Bergson auf der Anklagebank neben Nietzsche, und Maurras sieht sich neben seinen Todfeind Rousseau gestellt.

1946 wird der Negativkatalog um die Anhänger marxistischer Positionen erweitert. Mit ihren zu Dogmen erstarrten Utopien und der daraus abgeleiteten politischen Praxis verrieten auch sie in den

Augen Bendas auf ebenso unverzeihliche Weise ihre aufklärerische Funktion wie ehemals Romantiker, Dekadente, Rassisten.

Der Intellektuelle dürfe sich zwar, so Benda, durchaus politischen Kräften verschreiben und sich engagieren, aber er müsse dabei stets der reinen Vernunft treu bleiben, der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Nur so könne er die Menschen davor bewahren, relativen Werten wie Rasse, Klasse oder Nation zu folgen. Und nur so könne er als Regulativ gegenüber einer notwendig amoralischen, praktischen Politik fungieren.

Die Frage, wozu denn die Kritik der Intellektuellen etwas taugen soll, wenn die Praxis, auf die sie sich bezieht, notwendig unmoralisch ist, hat Benda sich nie gestellt, wie überhaupt seine Vernunftgläubigkeit mit reichlich Naivität gepaart ist. So hat er selbst nur ein Jahr nach der Erstveröffentlichung seiner Intellektuellenkritik deutlich Sympathie und Verständnis für die Kommunisten geäußert, ohne sich über sich selbst zu wundern. Auch scheint ihm nicht aufgefallen zu sein, dass seine reine, antiromantische Vernunftlehre ein nützliches Ingredienz im Topf der nationalen Klischeeküche war: Frankreich vertritt die Vernunft, das romantische Deutschland die Irrationalität. Seine Vernunftanbetung konnte also reinen Herzens für die Begründung des Deutschen Reiches eingesetzt werden.

Auf diese Weise machte er zugleich ungewollt deutlich, wie schwer die in Frankreich beliebte Unterscheidung zwischen dem angeblich rein moralisch engagierten Intellektuellen à la Benda und dem politischen Intellektuellen, etwa Sartre, im Einzelfall durchgehalten werden kann.

Deutsche Klischeebildung

Der französischen Stereotypenbildung entspricht eine spiegelbildliche Klischeeproduktion in Deutschland, insbesondere

zu Zeiten der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. Ebenso, wie viele französische Nationalisten in der Romantik und ihre Erben den ominösen germanischen Geist bekämpften, hielten nicht wenige deutsche Philosophen und Literaten die „Intellektuellen“ für die Verkörperung eines oberflächlich-rationalistischen Franzosentums. Das traditionelle, zum Beispiel auch von Benda weitergeführte Raison-Image der Franzosen wurde hier für anti-französische Polemiken genutzt. So waren für Thomas Manns viel zitierte *Betrachtungen eines Unpolitischen* die Intellektuellen Rationalisten, flache Literaten und inhumane Kopfmenschen, eben Franzosen. Und solch französischer Unart stellte er die Vorzüge deutscher Wesensart gegenüber, nämlich das Poetische, die Seele, die Musik, den Geist, die Kunst und die Metaphysik. Damit entsprach er einer weit verbreiteten Einstellung in Deutschland, wo ein Teil der Intellektuellen angesichts einer als krisenhaft empfundenen Situation eine Erneuerung aus deutschem Gemüt und aus deutscher Seele propagierte.

Gegen das rationalistisch geprägte Franzosenklischee setzte man das nicht weniger klischeehafte Bild von deutscher Seelentiefe.

Selbst Romanisten, die in der Öffentlichkeit gehört wurden und deren Metier doch die Beschäftigung mit Frankreich war, wandten sich von den Nachbarn jenseits des Rheins zunehmend, teilweise mit Abscheu ab. Der idealistische Neuphilologe Karl Vossler faselte, wie damals üblich, vom Wesen der Germanen und forderte die Abschaffung des Französischunterrichts zugunsten einer Hinwendung nach Spanien. Und der selbst ernannte Praeceptor Germaniae Ernst Robert Curtius, der sich über Jahrzehnte als Vorarbeiter einer deutsch-französischen Verständigung auszugeben liebte, meinte in einem privaten Brief an C. Pozzi schon 1922, eine Verständigung sei gar nicht möglich, weil beide Völker

allzu wesensverschieden seien. Die offizielle Abkehr von Frankreich und die Hinwendung zum faschistischen Italien erfolgten allerdings erst 1933 mit dem Buch *Deutscher Geist in Gefahr*. Darin kritisierte er nebenbei auch „die Juden“, „von denen leider gesagt werden muss, dass sie zum überwiegenden Teile und in maßgebender Betätigung der Skepsis und Destruktion verschworen sind“. Er bekämpfte dabei insbesondere den „Juden“ Karl Mannheim, dessen Begriff von der frei schwebenden Intelligenz er missverstand, weshalb er ihm das Idealbild des im deutschen Wesen tief verwurzelten Denkers entgegenhalten zu sollen meinte.

Nach alledem ist es kaum verwunderlich, dass die französische Provenienz für linke Intellektuelle im Deutschland der Zwischenkriegszeit eine so schwere Hypothek bedeutete, dass ihr Linkssein selbst in den Augen von Sozialisten und Kommunisten kaum positiv zu Buche schlug. August Bebel befand, man müsse sich jeden genau ansehen, der in die Partei aufgenommen werden wolle, aber bei einem Intellektuellen müsse man doppelt und dreifach genau hinsehen. Dass die Nationalsozialisten solche Intellektuellen zutiefst verachteten oder gar hassten, wie etwa Josef Goebbels, der schon beim bloßen Wort „Intellektueller“ den Revolver zücken wollte, versteht sich da schon von selbst.

Fehlende Identifikation

Hätte aber solcher Hass den Intellektuellen nicht zu Ehre und Ansehen verhelfen müssen, vor allem dort, wo Frankreich nicht mehr als Erbfeind galt und die geistige Herkunft von den republikanischen Traditionen des Nachbarlandes keine landesverräterische Haltung bedeutete? Zweifellos, wenn da nicht ein anderes Manko wäre: Deutsche Intellektuelle haben sich in ihrer Mehrheit und in Gestalt ihrer bekanntesten Repräsentanten im

Gegensatz zu ihren französischen Kollegen selten mit ihrer Nation, geschweige denn mit ihrer Staatsnation identifiziert. Selbst die Weimarer Republik und die Bundesrepublik Deutschland erschienen ihnen meist als Gebilde, in denen die Ideale der Menschenrechte, die Freiheiten der Bürger nicht angemessen garantiert waren. Und nachdem sie deshalb schon Weimar mit Spott, zersetzendem Zweifel oder Fundamentalkritik überzogen hatten, fühlten sie sich auch in der Bundesrepublik aufgerufen, diese Tradition fortzuführen.

Die für das Wohlergehen der Menschen in diesem Land wichtigen Entscheidungen sind ohne Unterstützung durch die Intellektuellen und meist gegen sie gefallen. Das zieht sich von der Westbindung über die soziale Marktwirtschaft bis zur NATO-Mitgliedschaft wie ein roter Faden durch die Geschichte dieser Republik. (Natürlich gab es Ausnahmen, aber an dieser Stelle geht es um das Aufzeigen des Mainstreams.)

So konnte es dahin kommen, dass ein demokratisches Mustergebilde wie die Bundesrepublik Deutschland Ende der 60er Jahre sogar unter Faschismusverdacht geriet und in seinen Institutionen und deren Vertretern mit terroristischen Aktionen bekämpft wurde, wobei ein nicht geringer Skandal darin liegt, dass es tatsächlich gelungen ist, diese Bedrohung der Demokratie im Nachhinein als demokratiefördernde Befreiung aus einer angeblich faschistisch geprägten Nachkriegszeit zu mystifizieren.

Auch als die Wiedervereinigung durch Helmut Kohl herbeigeführt wurde, standen Deutschlands Intellektuelle in der Mehrheit auffallend abseits, entweder, weil sie schlicht sprachlos waren, oder weil sie immer noch von einem dritten Weg träumten, der natürlich sozialistisch zu sein hatte und bloß nicht national. Die Nation mussten sie einfach aus der Geschichte ausklammern.

Nach diesem kurzen vergleichenden Überblick will ich auf zwei Intellektuelle, und zwar besonders auf ihre politische Haltung, etwas näher eingehen, die für die Nachkriegsgeschichte einen größeren Stellenwert gehabt haben, nämlich auf Jean-Paul Sartre und Jürgen Habermas.

Problemfall Sartre

Jean-Paul Sartre ist nach dem Krieg in Frankreich und darüber hinaus zur beherrschenden Intellektuellenfigur geworden. Er erfreute sich bis in die jüngste Zeit solcher Beliebtheit bei den meisten seiner Kollegen, dass sie lieber mit ihm irren als mit Raymond Aron Recht haben wollten.

Sartre hatte wenig politisches Gespür und verfügte über eine eher schwach ausgeprägte moralische Urteilsfähigkeit. Bei seinem Studienaufenthalt in Berlin 1933/34 nimmt er die Nazibedrohung, auf die der damals noch mit ihm befreundete Raymond Aron längst warnend aufmerksam gemacht hatte, nicht einmal wahr. Er ist mit sich und seinem ersten Roman beschäftigt. Auch später, als er eingezogen wird, schreibt und liest er zwölf Stunden am Tag. Er fällt dadurch auf, dass er die Menschen in seiner Umgebung schlicht ignoriert. Erst später, im deutschen Stalag, pflegt er Freundschaften, insbesondere zu dem Priester Perrin. Der hat als Einziger einen Raum mit Ofen und ermöglicht dort jeden Tag Gespräche über Heidegger. Ein falsches Attest, das ebenfalls dieser Priester besorgt, führt rasch zu Sartres Entlassung, der aber nur widerwillig die Geborgenheit des Lagers mit der Freiheit vertauscht.

Wieder in Paris nimmt er am intensiven kulturellen Leben teil, das die Deutschen dort veranstalten. Er verbringt seine Zeit mit Lesen, Schreiben und Theaterbesuchen. Und er vollendet sein philosophisches Hauptwerk *Das Sein und das Nichts*. Dessen Hauptthese lautet, dass der Mensch immer frei sei und auch in Ketten die Möglichkeit der Revolte habe.

Das konnte und musste die Pariser Autoren- und Künstlerboheme begeistern, soweit sie von der Besatzungsmacht nicht verfolgt, sondern gefördert wurde. So störte sie sich auch nicht daran, dass Sartres Freiheitsbekenntnis in den Druck ging, während Millionen Juden, Deutsche, Sinti und Roma, Polen und Russen, aber auch Franzosen in deutsche Vernichtungslager verbracht und dort ermordet wurden. Herbert Marcuse hat nach dem Krieg Sartres Freiheitslehre als blanke Ideologie charakterisiert. In der Tat nimmt sie die leidvollen Erfahrungen der millionenfach Gequälten und Ermordeten nicht zur Kenntnis, ja, sie spricht ihnen Hohn.

Sartre wusste von den Konzentrationslagern und der Judenverfolgung. Aber dieses Wissen blieb totes Wissen. Selbst in seinem Nachkriegsbuch über die Juden wird er noch die rassistische Unterscheidung zwischen Franzosen und Juden machen und den Massenmord nur nebenbei erwähnen. Ihm ging es um die Geschichte des Antisemitismus und um die Bestätigung seiner These von der unentrinnbaren Bestimmung des Menschen durch den Blick der Anderen. Dass aber die umgebrachten Juden nur die Phantasmen der „Anderen“ gewesen seien, das war etwa für Raymond Aron gleichbedeutend mit einer Missachtung der Realität des Judentums und der an den Juden verübten Morde.

Nach der Befreiung von Paris wird Sartre rasch zum privilegierten Zeugen einer Besatzungszeit, während der er, im Unterschied etwa zu Camus, kein Held, kein Résistance-Kämpfer gewesen ist. Widerstand war für ihn nur symbolhaftes Handeln. Widerständler, denen er sich andienen wollte, fanden Intellektuelle wie Sartre kindisch und meinten, sie gefährdeten mit ihrem Gerede nur die Arbeit.

Umso besser kam Sartre in der Nachkriegszeit bei einem ebenso wenig hel-

denhaften Publikum an. Besonders erfolgreich war hier auch seine Forderung nach einem radikalen politischen Engagement, das weder er noch die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit vor 1945 bewiesen hatte und zu dem man sich nun umso ungefährdeter und wohlfeil bekennen konnte.

Nun, wo es leicht war, strenge moralisch-politische Maßstäbe einzufordern, wurden plötzlich selbst Schriftsteller der ästhetischen Moderne wie Flaubert zu Unpersonen degradiert, nur weil sie die Repression nach dem Aufstand der Kommune 1871 nicht durch entsprechendes politisches Engagement verhindert hätten, ein reichlich absurder Vorwurf, der allein aus dem Bemühen Sartres heraus zu verstehen ist, seine eigene Vergangenheit zu bewältigen. Sein vor dem Krieg publizierter Roman *Der Ekel* stand selbst noch ganz in der Tradition der Moderne. Auch war er mit einem Motto aus einer Schrift des „modernen“ Romanciers L.-F. Céline geschmückt, der dann zu den Nazis ging und nur durch verspätete Rückkehr nach Frankreich der Hinrichtung entging, die Sartre vehement für ihn einforderte, nachdem er sich plötzlich zum engagierten Autor gemausert hatte.

Er lieferte auf diese Weise auch der Nation eine Anleitung zum Verdrängen der Vorkriegs-, Kriegs- und Kollaborationszeit, mit deren Mythen politisch erst Jacques Chirac aufgeräumt hat.

Wenn Sartre später schreibt, wie ihn die Schreie der gefolterten Menschheit in den dreißiger und vierziger Jahren gequält hätten, und wenn er davon berichtet, dass ihn die bohrende Frage, wie er sich unter der Folter verhalten würde, an die Grenzen seiner Leidensfähigkeit geführt habe, so liest man in den Tagebüchern und Briefen aus dieser Zeit selbst von alledem gar nichts, sondern allein von Reisen, Liebschaften, Theaterproben, Buchplänen, Diskussionen und so weiter.

Die spätere Umdeutung seines Verhaltens zur Besatzungszeit ist inzwischen vielfach belegt. Sie zeigt uns einen Sartre, der nicht die Geschichte verstehen will, sondern sie als bloßes Element seiner intellektuellen Biografie, zur privaten Lebendigenbildung benutzt.

Nach Kriegsende nahm Sartre rasch den Kampf gegen die Einbindung der Nation ins westliche Lager auf, besonders dagegen, dass Frankreich sich nun den USA ausliefern wolle, ebenso, wie es sich vorher Hitler bereitwillig ausgeliefert habe. Auch aus diesem Grund wandte er sich der kommunistischen Partei zu und hielt ihr bis weit in die sechziger Jahre die Treue. Selbst nach dem Ungarnaufstand zog er noch keinen Trennungsstrich zum PCF, sondern redete lediglich einer Entstalinisierung der Partei das Wort.

Ende der marxistischen Kulturhoheit

Die sechziger Jahre erlebten neue Denkmodes, wie etwa den Strukturalismus. Ihm hatte Sartre nichts weiter entgegenzuhalten als einen traditionell marxistischen „Humanismus“. Bei den Studenten vom Mai 1968 erntete der Altkommunist Sartre denn auch nur Spott und Hohn. Gleichwohl versuchte er, sich bei den Maoisten unter den Mächtegegnern revolutionären anzubiedern und seine Verhaftung zu erzwingen, beides vergeblich.

Anfang der siebziger Jahre ist er fasziniert vom Terror der RAF, und nach einem Besuch in Stammheim liefert er den ihm gemäßen Beitrag zu den jungen deutsch-französischen Freundschaftsbeziehungen, indem er die Verbrechen von Baader und Konsorten mit dem Faschismus der deutschen Gesellschaft legitimiert. Das machte damals bei einigen linken Journalisten in Frankreich Schule. In ähnlicher Verblendung hatte er 1972 das mörderische Palästinaerattentat auf jüdische Sportler bei der Olympiade in München gerechtfertigt. Kein Wunder,

dass er im Verlauf der siebziger Jahre in der Öffentlichkeit immer weniger als Autorität gehandelt wurde. Die intellektuelle Szene wird nun von den *Nouveaux Philosophes* und ihrer Totalitarismus- und Marxismuskritik beherrscht. Die Kulturhoheit der Marxisten ist beendet. Im Lauf der achtziger Jahre geht dann die Konjunktur der Intellektuellen insgesamt rapide zurück. Das hatte weniger mit Sartres Tod zu tun als damit, dass mit Mitterrand eine Linke an die Macht gekommen war, der gegenüber Frankreichs Intellektuellen wenig mehr eingefallen ist. Sie bestätigen so ein weiteres Mal ihre Korruption durch linksparteiliche Gefügigkeit.

Jürgen Habermas

In Deutschland blieb derweil der bekannteste Sartre-Verehrer, Jürgen Habermas, von den französischen Entwicklungen unberührt. Als sich in den achtziger Jahren in Paris kaum noch jemand für den französischen Autor und Intellektuellen interessierte, bekannte er sich unentwegt zu seinem Vorbild. „Meine Bewunderung für Sartre“, erklärte er damals, „ist nie kleiner geworden. Ich finde es seltsam, dass ihn in Paris niemand mehr ernst nimmt. Sartre hat uns auch heute noch einiges zu sagen.“

In der innerfranzösischen Diskussion um Poststrukturalismus und Postmoderne schlägt er sich denn auch auf die Seite der Sartre-Adepten und der französischen Aufklärungstradition. So geißelt er das Denken etwa von Foucault, weil es in der Tradition der deutschen Philosophen Nietzsche und Heidegger stehe. Dabei bedient er sich mit dem Gegensatz von französischer Aufklärung und deutschem irrationalistischen Romantizismus aus der altbekannten Klischeekiste. Des Beifalls der Sartre-Traditionalisten von der Seine durfte er sich sicher sein.

Von ähnlicher Qualität ist Habermas' intellektuelle Begleitung der deutschen

Politik. Nach dem Krieg, den er als Hitlerjunge miterlebte, stellte er alle deutschen Traditionen unter den Generalverdacht nationalsozialistischer Prägung. Für den Wiederaufbau hatte er keinerlei Sympathie. Er konnte die fünfziger und sechziger Jahre trotz aller Aufbruchstimmung nur als Restaurationszeit erleben, wobei ihm offenbar entgangen ist, welche revolutionären Neuordnungen durch die Adenauer-Regierungen in Deutschland durchgesetzt worden sind. Er hat sie ja auch nie mitgetragen, sondern ihre Vorzüge, etwa die Westbindung, erst nach 1990 entdeckt. Während der Studentenrevolte stellte er sich nicht an die Seite der parlamentarisch-demokratischen Ordnung, sondern goss mit seiner Kritik an den angeblich illiberalen, undemokratischen Zuständen der Bundesrepublik Deutschland Öl in das Feuer des gegen sie gerichteten Protestes. Für jemanden, der wegen seiner tiefen Abneigung gegen alles nationenbezogene Denken den Verfassungspatriotismus predigt, ein seltsames Verständnis von Verfassungstreue. Bekannt ist schließlich sein Agieren im so genannten Historikerstreit, wobei es ihm gelang, historisch-vergleichende Untersuchungen zu Massen- und Völkermorden im 20. Jahrhundert weitgehend zu tabuisieren. Ebenfalls bekannt sind seine ablehnende Haltung zur Wiedervereinigung und sein die Bevölkerung verachtender Slogan vom DM-Nationalismus. All das trug ihm in Frankreich in republikanisch-linken Kreisen viel Sympathie ein.

Aber immerhin hat Habermas wenigstens nach 1990 die Vorzüge der „Bonner Republik“ für sich entdeckt. Auch gehört er heute zu den wenigen Intellektuellen, die sich nachdrücklich für eine Vertiefung eines föderalen Europa engagieren, wodurch er nicht zuletzt in Paris tief verwurzelte Vorbehalte gegen alles Föderale abzubauen hilft. Und er ist der einzige Intellektuelle von größerer öffentlicher Bedeutung, der nach dem 11. September an-

gesichts fundamentalistisch-islamischen Pochens auf den Vorrang religiöser Überzeugungen gegenüber der Rechtsordnung unseres Landes kritisch vermerkt hat: Nur solche Religionsgemeinschaften seien in unseren liberalen Gesellschaften als „vernünftig“ anzusehen, die den weltanschaulichen Pluralismus und die Prämissen des Verfassungsstaats verarbeitet hätten (in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Oktober 2001). Ob Habermas weiß, dass er damit die deutsche Leitkultur wenigstens in Teilen vertritt?

Und der Annäherungen oder neuen Einsichten scheint kein Ende zu sein: Im Kontext der bioethischen Debatten hat er sogar, wie es scheint, herausgefunden, dass ohne einen Transzendenzbezug der Schutz menschlicher Würde schlecht zu begründen ist (in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Oktober 2001). Dem Christentum ist diese Einsicht immer schon selbstverständlich. Dass nun aber der Philosoph der Wahrheit per Konsens die Relevanz nicht konsens-, sondern transzendenzbegründeter Wahrheit unterstreicht, darf man erfreut zur Kenntnis nehmen.

Das letztgenannte Thema, die ethische Problematik der Embryonen verbrauchenden Stammzellenforschung, fristet in Frankreich bisher nur ein Schattendasein. Die Auseinandersetzung mit dem Islam ist dafür um einiges lebendiger als in Deutschland. Sie wird allerdings weniger von der traditionellen Intellektuellenriege als vielmehr von Vertretern des Islams selbst und der Politik geführt.

Verhältnis zum Islam

Eine breite Intellektuellendiskussion über das Verhältnis zum Islam hatte es zuletzt im Kontext der so genannten Kopftuchaffäre gegeben.

In Creil, einer kleinen Ortschaft bei Paris, hatte ein Schuldirektor im Oktober 1989 zwei marokkanische Schülerinnen und ihre tunesische Freundin, die den *foulard* trugen, vom Unterricht ausgeschlos-

sen. Sie hatten den Schleier, wie sie sagten, auf Befehl Allahs angelegt. Die Schule wird von 900 Schülern aus über zwanzig Nationen besucht. 500 von ihnen sind Muslime. Prompt hielt eine Reihe von Linksintellektuellen in einer ersten Reaktion dem laizistisch orientierten Schuldirektor, einem Mulatten aus dem Überseedepartement Martinique, „rassistisches Verhalten“ vor.

Andere Intellektuelle schwankten zunächst zwischen kämpferischem Einsatz zugunsten der laizistischen Prinzipien und ihren Toleranzidealen. Der damalige sozialistische Erziehungsminister Lionel Jospin verfügte per Rundschreiben, die Schülerinnen dürften nicht vom Unterricht ausgeschlossen werden, auch wenn sie sich weigerten, das Kopftuch im Klassenzimmer abzulegen.

Daraufhin kippte das intellektuelle Klima zugunsten des Laizismus um. Mehrere prominente Intellektuelle kritisierten in einem offenen Brief an Jospin, er habe die laizistischen Prinzipien nicht mit der notwendigen Festigkeit vertreten. Die anstehende 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution laufe Gefahr, ein „München der republikanischen Werte“ zu erleben.

Islamische Intellektuelle forderten, man dürfe den reaktionären Fundamentalisten nicht das Feld überlassen, sondern müsse die laizistische Mehrheit der Muslime vor dem immer bedrohlicheren Integrismus einer Minderheit schützen. Jospins Entscheidung wurde zunehmend als Ausdruck einer naiv abstrakten Betrachtungsweise gewertet, die nicht in Rechnung stelle, dass es eine freie, individuelle religiöse Praxis nach islamischer Tradition nicht gebe. Immerhin sei in Algerien, dem Hauptherkunftsland der französischen Muslime, unzähligen Frauen die Kehle durchgeschnitten worden, nur weil sie das Kopftuch nicht getragen hätten.

Der zentristische Erziehungsminister François Bayrou erließ dann zu Beginn des Schuljahres 1994/95 ein Dekret, wo-

nach die Schulverwaltungen das Tragen „ostentativer religiöser Zeichen“ verbieten konnten. Diese Maßnahme war ausschließlich gegen das Tragen des islamischen *foulard* gerichtet, das Tragen der jüdischen *Kippa* war damit nicht gemeint.

Die eindeutige Diskreditierung des Kopftuchsymbols entspricht einem gewachsenen Problembewusstsein bei Frankreichs Intellektuellen. Die alte *Laissez-faire*-Toleranz hat gegenüber dem klaren Bekenntnis zu den demokratischen Prinzipien, den Menschen- und Bürgerrechten an Boden verloren. Man besinnt sich wieder darauf, dass die eigenen Werte, auch wenn sie nicht universell akzeptiert werden, doch universal sind.

Aber Intellektuelle wären auch in Frankreich nicht die, als die wir sie kennen gelernt haben, wenn sie nicht bereit wären, ihre Prinzipien je nach Lage rasch wieder zu vergessen. Dazu genügt etwa die Kränkung der nationalen Eitelkeit. Nach dem 11. September war sich die ganze Nation – bis auf hämische Reaktionen von Kommunisten – einig darin, „Amerikaner“ zu sein. Als dann aber die USA mit dem Antiterrorkrieg in Afghanistan Ernst machten, erklärten sich plötzlich viele Intellektuelle absurderweise zu „Afghanen“, und eine Gruppe honoriger Geisteswissenschaftler und Journalisten unterzeichnete den „Aufruf der 113“, mit dem sie gegen den amerikanischen Kriegseinsatz protestierten.

Der antiamerikanische Reflex funktioniert eben immer dann besonders zuverlässig, wenn Frankreich vorgeführt bekommt, welches seine weltpolitische Rolle in der Realität ist. Dann regen sich automatisch Frustrationsgefühle wegen der unerfüllbaren Nostalgie alter Großmachtzeiten.

Entgleisungen

Vielleicht waren manche Intellektuelle aber auch nur der beständigen Versuchung erlegen, nach dem ästhetisch inte-

ressanten „Unerhörten“ zu spielen, wie Claude Lanzmann in *Les Temps Modernes* meinte. Eine Auseinandersetzung mit dem Islam wurde im Übrigen von keiner Intellektuellen-Gruppierung geführt.

Dafür gab es einen politisch ganz und gar unkorrekten Kommentar durch den auch in Deutschland viel gelesenen Autor Michel Houellebecq, in dessen letztem Roman *Plateforme* die Schlusskatastrophe durch ein islamistisches Bombenattentat herbeiführt wird. Der Held des Romans, der bei dem Attentat seine Geliebte verliert, entlädt daraufhin seinen ganzen Hass auf den Islam. Zu diesem Verstoß gegen die Allerweltstoleranz der Wohmeinenden befragt, provozierte er mit seiner Aussage, der Islam sei die stupideste Religion, die er kenne, den Skandal im diesjährigen Sommerloch. Nach dem 11. September wurden die gegen ihn angestregten Klagen wegen blasphemischer Äußerungen über die Religion des Propheten zurückgezogen.

Verschnörkelter kam die Postmoderne daher: Der bekannte postmoderne Autor Jean Baudrillard versuchte, sich als Theoretiker der *méthode terroriste* marktgerecht zu positionieren. Die Terrorattentate seien, so Baudrillard, die Umsetzung unserer geheimen Wunschträume von einer Selbstzerstörung der westlichen Welt. Mangels äußerer Feinde wende sich der Globalisierungsprozess mit seiner destruktiven Gewalt nach innen und bringe als sein gleichwertiges Gegenstück den Terrorismus hervor.

In dieser abstrusen Intellektuellenfantasie kommen die Realitäten der islamischen Welt, wie man sich denken kann, überhaupt nicht vor. Es scheint ohnehin, als hätten die Intellektuellen seit der „Kopftuchaffäre“ die Lust an Auseinandersetzungen mit dem Islam verloren. Jedenfalls erfahren die Modernisierer unter den französischen Muftis, die sich um einen *islam à la française* bemühen, wenig Unterstützung durch die *Intelligenzija*.

Die Muftis der Moscheen von Paris und Marseille legen derweil unverdrossen Bekenntnisse zur Trennung von Religion und Staat und zur demokratischen Verfasstheit des Landes ab. Sie sei ohne weiteres mit dem Koran in Einklang zu bringen. Man müsse nur dessen Interpretationen endlich als geschichtlich bedingt begreifen.

Mit solchen Forderungen ziehen sie zwar Morddrohungen islamistischer Verbände auf sich, aber sie befinden sich durchaus im Einklang mit breiten Mehrheiten in der muslimischen Bevölkerung. Sie bekennt sich ebenso wie die große Mehrheit der Deutschtürken zur demokratischen Verfasstheit des Landes, in dem sie leben, und zu dessen Rechtssystem. Und so ignoriert sie einfach durch ihr konkretes Verhalten die mit Ausschließlichkeitsanspruch vorgetragenen archaischen Deutungen des Korans, die auf eine Idealisierung und Festschreibung von Vorstellungen aus der Zeit des Propheten hinauslaufen. Sie akzeptiert de facto einen Säkularisierungsprozess, den manche Islamforscher dank Selbstzensur oder Wunschdenken nicht akzeptieren möchten.

Durch Politik zum Dialog

So meinte die international renommierte Islamforscherin Annemarie Schimmel kürzlich wieder einmal die fundamentalistisch-ahistorische Sichtweise des Islam unterstützen zu sollen: „Ich glaube nicht, dass man den Islam in der Weise neutralisieren kann, wie Rushdie sich das vorstellt (durch Entpolitisierung, Vf.). Es wird nicht gelingen, den Islam zu säkularisieren (...), und ich weiß auch nicht, ob es wünschenswert wäre.“ Dafür findet sie den „Vorschlag von Präses Kock und anderer für eine Feuerpause (in Afghanistan, Vf.) sehr tapfer“ (in: *Kölner Stadtanzeiger*, 9. November 2001).

In dieser Situation sind Vorstöße für einen sinnvollen Dialog mit dem Islam, je-

denfalls im Westen, wohl nur von der Politik zu erwarten. So hat in Frankreich Staatspräsident Jacques Chirac höchstpersönlich seinem Land vorgegeben, in welcher Weise der Dialog zu führen sei. In einer Rede bei der Eröffnung der UNESCO-Konferenz am 15. Oktober 2001 stellte er unter anderem fest:

„Man muss sich nicht lieben, um mit dem anderen diskutieren zu können. Man muss sich sicher sein über seine eigenen Werte und seine eigenen Ideale, um einen umfassenden und konstruktiven Dialog führen zu können. (...) In Frankreich beispielsweise dürfen wir keine Angst haben, mit Nachdruck zu sagen, wer wir sind: ein der Freiheit, der Brüderlichkeit und der Gleichheit verpflichtetes Volk. Ein laizistisches Volk, das aber Religionen respektiert. (...) Ein Volk mit einer Botschaft, die sich auf eine bestimmte Vorstellung über Frauen, Männer und ihre Rechte, ihre Würde und ihre Freiheit gründet. Eine Botschaft, die sich auf die Verteidigung des demokratischen Modells und der demokratischen Grundsätze gründet. Wir sollten keine Angst haben, die Existenz einer universellen Ethik zu bekräftigen, an der sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte orientiert. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Feinde der Freiheit und der Fanatiker aller Art ist diese Ethik kein westliches Modell, kein trojanisches Pferd übel wollen der Kulturen. Sie ist allen Völkern, allen Nationen und allen Religionen gehörig. (...) Wir müssen sie mehr denn je verteidigen, sie mit Leben erfüllen, ihrer universellen Gültigkeit gerecht werden. (...) Über diese Werte kann nicht verhandelt werden.“

Es ist noch gar nicht lange her, da hatten CDU-Politiker mit dem ganz ähnlichen Projekt deutscher Leitkultur, das zuvörderst auf die Verteidigung des Grundgesetzes und der ihm zu Grunde liegenden Werteordnung abzielte, von rot-grünen Politikern und der großen

Mehrheit der Intellektuellen einen Aufschrei der Empörung oder Hohn und Spott geerntet. Friedrich Merz wurden „Deutschtümelei“, „Biedermeier“, ja, Rassismus vorgeworfen. Dabei hatte er nur Selbstverständliches zusammengefasst, nämlich, dass es kulturelle Unterschiede gibt und sie Bedeutung für das Zusammenleben in unserem Land haben: Es kann nicht gleichzeitig gelten, dass der Mann in allem bevorrechtigt und die Frau gleichberechtigt ist oder dass der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit Geltung hat und zugleich aus religiösen oder anderen Gründen keine Geltung hat. Auch die Zuwanderer sollten sich an das halten, so das CDU-Papier zur Leitkultur, was im Grundgesetz steht: Menschenrechte, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, Toleranz für fremde Überzeugungen, Freiheit religiöser Betätigung.

Dass diese Grundsätze keineswegs allgemein akzeptiert und seitens islamistischer Organisationen rundweg als mit ihrem Glauben unvereinbar abgelehnt werden, wissen auch die falschen Warner vor

Deutschtümelei. Auch ihnen ist bekannt, dass es in Deutschland nicht wenige Orte gibt, an denen der Anspruch des Grundgesetzes nicht erfüllt und nicht durchgesetzt wird. Aber das stört die nicht, die uns aus Abscheu vor allem, was ihrer Ansicht nach deutsch klingt, Verfassungspatriotismus predigen, zugleich aber vor islamistischen Feinden dieser Verfassung lieber die Augen verschließen, weil Gefahr für sie immer nur von rechts droht. Ihre eigenen Prinzipien reduzieren sich auf eine prinzipienlose Toleranz und den ganz und gar unvoreingenommenen, das heißt von Werten nicht belasteten Dialog.

Die Auseinandersetzung mit erklärten Feinden der Normen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, sprich unserer Leitkultur, zwingt jedoch dazu, den Dialog gerade nicht unvoreingenommen, sondern im Sinne etwa des französischen Staatspräsidenten oder auch der *intellectuels* der Dreyfus-Affäre auf der Grundlage von Werten zu suchen, von unseren Werten wohlgerichtet.

Johannes Thomas, geboren 1941 in Aachen, ist Professor für Romanistik an der Universität in Paderborn.

Souveräne Entscheidungskompetenz

„Die explosionsartige Vervielfältigung der technisch erreichbaren Informationsmöglichkeiten verlangt vom Mediennutzer ein viel größeres Maß an souveräner Entscheidungskompetenz. Aufklärung heute kann deshalb verstanden werden als eine Befreiung von den Fesseln fremdbestimmter Kommunikation. Die Transparenz des Mediensystems und seine Inpflichtnahme durch ethische Mindestnormen sind deshalb die erste Forderung der Rezipienten an die Medienproduzenten. Die technologische Modernisierung der Medien und ihre Globalisierung verschärft das Spannungsverhältnis zwischen journalistischer Praxis und den Anforderungen der Medienethik.“

Wolfgang Bergsdorf im Juni 2002 in der *Politischen Meinung*